

ANFRAGE von Sabine Wettstein-Studer (FDP, Uster) und Andreas Hauri (GLP, Zürich)

betreffend Doppelspurigkeiten bei den Berufsvorbereitungsjahren und den Motivationssemestern

Die Berufswahlschulen im Kanton Zürich führen seit Jahren Jugendliche zur beruflichen Grundbildung. Sie sind auf der Basis kantonaler Verordnungen und Reglemente kommunal organisiert und garantieren für den Kanton bei vergleichsweise tiefen Kosten flexible und marktgerechte Angebote. Dieses schulische Angebot muss von den Eltern mitfinanziert werden.

Neu sind an den Berufswahlschulen betriebliche Berufsvorbereitungsjahre (schulischer und praktischer Ausbildungsteil in Betrieben) geplant.

Parallel dazu wird als arbeitsmarktrechtliche Massnahme bereits jetzt das Motivationssemester angeboten. In diesem können Jugendliche berufliche Erfahrungen sammeln und schulische Defizite aufholen. Im Gegensatz zu den Berufswahlschulen erhalten die Teilnehmenden Taggelder von der Arbeitslosenversicherung.

Beide Angebote richten sich an Jugendliche, welche am Ende der obligatorischen Schulzeit individuelle Bildungsdefizite aufweisen oder keine Lehrstelle haben. Es ist einerseits sehr zu begrüssen, dass diese Jugendlichen bedürfnisgerechte Unterstützung bei der Berufsfindung erhalten und so den Einstieg ins Berufsleben erfolgreich meistern. Andererseits stehen die beiden Angebote in direkter Konkurrenz zueinander. Die gleichen Unternehmen werden um Praktikumsplätze für die beiden Angebote angefragt, was zu Unmut führt.

157/2013

Aus diesem Grund ergeben sich folgende Fragen:

1. Wie viele Jugendliche besuchten in den letzten 5 Jahren ein Berufsvorbereitungsjahr und wie viele ein Motivationssemester?
2. Wie viele Jugendliche besuchten in den letzten 5 Jahren nach dem Berufsvorbereitungsjahr auch noch ein Motivationssemester?
3. Wie sehen die Erfolgsquoten (Aufschlüsselung der Anschlusslösungen) der beiden Angebote in den letzten 5 Jahren aus?
4. Wie entwickelten sich die Teilnehmerzahlen in den Berufsvorbereitungsjahren und in den Motivationssemestern in den letzten 5 Jahren?
5. Welche Gesamtkosten (Beiträge von Kanton, Gemeinden und Eltern) verursachen die beiden Angebote? Wir bitten um Angabe der Gesamtausgaben pro Schuljahr, pro Schüler und pro erfolgreich vermitteltem Schüler.
6. Welche Zusatzkosten lösen die neuen betrieblichen BVJ aus?
7. Ist die Weiterentwicklung der BVJ mit den anderen Partnern am Übergang I abgesprochen worden?
8. Wie erfolgt die Koordination der beiden Angebote mit den Unternehmen (Praktikumsplätze)?
9. Ist der Regierungsrat bereit, dafür zu sorgen, dass es im Kanton Zürich zwischen diesen beiden Angeboten nicht zu unerwünschter Konkurrenz und Doppelspurigkeiten kommt und, falls ja, mit welchen Massnahmen?

Sabine Wettstein-Studer
Andreas Hauri